

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wöchentliches Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,85 RM;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanschriften nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung des Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Hirsch-Dumdey).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 45 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1720.

Nr. 19.

Berlin, Sonnabend, 7. März 1908.

Wierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Sozialpolitik im Reichstage. — Moderner Cäsarenhochmut! — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Sozialpolitik im Reichstage.

Nachdem wir in der vorigen Nummer uns mit den Ausführungen des Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg über die Heimarbeit beschäftigt haben, wollen wir heute auf den Gang der Reichstags-Debatten über die große Gewerbeordnungs-Novelle einen kurzen Ueberblick werfen. Abgegeben von den Sozialdemokraten hat die Vorlage der Regierung bei allen Parteien Anerkennung gefunden. Nicht als ob man völlig mit dem Inhalt des Gesetzesentwurfs einverstanden wäre! Im Gegenteil, fast sämtliche Redner hatten mehr oder weniger Auslegungen zu machen; jeder wünschte noch diese oder jene Verbesserung, so daß eigentlich kaum erwartet werden darf, daß alle Wünsche voll befriedigt werden. Offenlich aber gelingt es der Kommission von 28 Mitgliedern, an welche die Vorlage noch am Montag verwiesen wurde, die größten Mängel zu beseitigen, so daß wenigstens etwas einigermassen Annehmbares aus der Vorlage wird. Es wäre bedauerlich, wenn jetzt, wo die Regierung die Hand zu Verbesserungen bietet, die Parteien nicht alles aufbieten, um wenigstens die dringenden Bedürfnisse zu befriedigen.

Bei der ersten Lesung wird nur eine allgemeine Kritik an den Gesetzesvorlagen geübt, wobei natürlich auch einzelne Punkte besonders erörtert werden. Bestimmte Abänderungsvorschläge bleiben der Kommissionsberatung und den späteren Lesungen vorbehalten. Trotz alledem erhält man schon aus der ersten Lesung ein ungefähres Bild, wie sich die Parteien zu dem Ganzen stellen. Fangen wir auf der rechten Seite an!

Der konservative Redner Sielermann begrüßte die Vorlagen mit Freuden, warnte aber davor, die Heimarbeit durch allzu straffe Schutzbestimmungen gar zu sehr zu erschweren. Ihm geht dieser Teil der Vorlage also bereits zu weit. Auch der Abgeordnete Schmidt-Altenburg, der die Stellung der Reichspartei vertritt, konnte wesentliche Einwendungen gegen die Vorlage nicht machen. Er hat nur vor allen Dingen Bedenken, daß man dem Bundesrat allzu große Vollmachten in die Hand gibt. Der zur Wirtschaftlichen Vereinigung gehörende christlich-soziale Abgeordnete Behrens wandte sich gegen das völlige Verbot der Heimarbeit, hält aber viel energischer Eingriffe für notwendig, als sie diese Novelle bringt. Dieser Redner brachte noch eine ganze Reihe von Wünschen der Heimarbeiterrinnen vor, die u. a. auch zur Gewerbeaufsicht herangezogen werden müßten. Die Mitwirkung der Polizei hofft er ausschalten zu können, wenn die geplanten Arbeitsstätten vernünftig aufgebaut werden. Auch bedauerte dieser Redner, daß die Vorlage die Konkurrenzklause unbedeutend läßt und keinen Schutz bietet gegen den mit Aussperrungen und schwarzen Listen getriebenen Mißbrauch.

Für das Zentrum sprachen die Abgeordneten Dr. Pieper, Dr. Fleischer und Erzberger. Sie ließen es sich naturgemäß nicht nehmen, die Verdienste ihrer Partei um den Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung zu preisen, und stellten sich im allgemeinen auf den Boden der Vorlage, an

der sie aber doch mancherlei auszufehen hatten. So vermißten sie darin namentlich die obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen, außerdem eine Herabsetzung des Wöchnerinnenlohnes auf 8 Wochen. Von der Beseitigung der Heimarbeit wollen auch sie nichts wissen, wenn sie auch stärkere Schutzbestimmungen für dringend notwendig erachteten.

Die Stellung der Nationalliberalen vertrat in erster Linie Abg. Frhr. Seyl zu Herrnsheim. Er begrüßte die Vorlage mit besonderer Genugtuung, namentlich wegen des 10 stündigen Maximalarbeitstages für Frauen und der Regelung der Heimarbeit. Nicht nur den Arbeitern selbst würde sie zum Segen gereichen, sondern der gesamten Industrie, wie diese überhaupt durch unsere Sozialpolitik große Vorteile gehabt hätte. Dieses Eingeständnis eines Großindustriellen muß man sich merken, um es gelegentlich denjenigen entgegenhalten zu können, die da behaupten, daß die Industrie durch die sozialpolitische Gesetzgebung geschädigt sei. Auch dieser Redner wünschte weitergehende Schutzvorschriften für Heimarbeiter, als sie in der Vorlage enthalten sind. Namentlich sollen die sozialpolitischen Gesetzesvorschriften auf die Heimarbeit ausgedehnt, die Mitgabe von Heimarbeit nach Hause ausdrücklich verboten und eine größere Fürsorge für die Wöchnerinnen getroffen werden. Das Verbot der Nachtarbeit müsse nicht allein auf alle Personen bis zu 16, sondern bis zu 18 Jahren ausgedehnt werden. Einen ähnlichen Standpunkt vertrat auch der nationalliberale Abgeordnete Everling, der im wesentlichen gegen die Sozialdemokratie polemisierte, die mit ihren unerfüllbaren Forderungen nur Unfrieden stifte, ohne auch nur im geringsten den Arbeitern helfen zu können.

Die linksliberalen Parteien schickten drei Redner von der freisinnigen Volkspartei und zwei von der freisinnigen Vereinigung vor. Von den Volksparteilern erörterte der Abgeordnete Enders die Verhältnisse der in seinem Wahlkreis Sonneberg weit verbreiteten Spielwarenindustrie. Wir behalten es uns vor, auf diese überaus interessanten Ausführungen näher einzugehen, sobald das Reichstagsprotokoll vorliegt. Das Eine können wir aber schon heute erklären, daß wir den Ausführungen dieses Redners, soweit sie sich auf die Berliner Heimarbeit ausstellen beziehen, nicht beistimmen können. Mögen auch manche Verhältnisse etwas einseitig dargestellt gewesen sein, im großen und ganzen hat die Berliner Heimarbeit ausstellung nach dem Urteil vieler Sachverständigen durchaus ein richtiges Spiegelbild der in der Hausindustrie herrschenden Zustände gegeben. Interessant waren auch die Ausführungen des freisinnigen Abgeordneten Günther-Blauen, der die Verhältnisse in der sächsischen Spitzen- und Silderindustrie aus eigener Anschauung schilderte. Während dieser Redner die Herabsetzung der Arbeitszeit warm befürwortete, sprach er sich gleichgültig doch gegen die weitere Einschränkung der Kinderarbeit aus, wodurch viele Arbeiterfamilien schwer beeinträchtigt würden. Auch dieser Standpunkt scheint uns durch die Erfahrungen längst widerlegt zu sein. Im Interesse der Erziehung und der Gesundheit der Kinder ist es unbedingt nötig, daß diese soviel wie irgend möglich von der Erwerbstätigkeit ausgeschlossen sein müssen. Der dritte Redner der freisinnigen Volkspartei, Abgeordneter Mang,

sprach unter grundsätzlicher Billigung der Tendenz der Vorlage sich für den einheitlichen Zusammenschluß der Kaufmanns- und Gewerbegerichte aus, denen auch die technischen Angestellten unterworfen sein müßten. Auch gegen die Konkurrenzklause wandte sich der Redner energisch und sprach die Hoffnung aus, daß sie sich vielleicht eines Tages gänzlich beseitigen lassen werde. Die Arbeiterchutzvorschriften müßten auch auf die kleinen Betriebe ausgedehnt werden, wo sie ganz besonders notwendig seien, weil dort Arbeitsordnungen und bergleichen fehlen. Redner bekämpfte auch mit guten Gründen die 60 Stunden-Woche, während er für den 10 stündigen Maximalarbeitsstag für Arbeiterinnen wirksam eintrat. Die Arbeiterausschüsse wünscht auch er obligatorisch eingeführt und zwar schon für Betriebe mit 30 Arbeitern. Das Mißtrauen mancher Industrieller gegen die Arbeiterausschüsse sei durchaus unberechtigt. Gerade der Arbeiterausschuß ermöglichte ein erfreuliches Zusammenarbeiten zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Für die freisinnige Vereinigung sprachen die Abgeordneten Bachnick und D. Raumann. Letzterer hielt eine nicht bloß von sozialem Verständnis, sondern auch von großer Sachkunde zeugende Rede, die wir in ihren wesentlichsten Stellen nach dem Stenogramm in einer unserer nächsten Nummern wiederzugeben beabsichtigen, weshalb wir es uns heute verjagen dürfen, näher auf diese Ausführungen einzugehen.

Auch die sozialdemokratische Partei nahm natürlich regen Anteil an der Debatte. Ihre Redner Molkenbühr, Geyer und Stadthagen nahmen aber, wie bereits bemerkt, insofern einen abweichenden Standpunkt ein, als sie die Vorlage vollständig verwarfen und an ihr auch kein gutes Haar ließen. In vieler Beziehung wurde sie sogar als ein Rückschritt gegenüber dem bestehenden Zustande bezeichnet. Das ist natürlich übertrieben, und es dürfte den Herren schwer fallen, auch nur den Schatten eines Beweises dafür zu erbringen. Genügt wird den Arbeitern durch eine derartige durchaus ablehnende Kritik nicht. Wenn das Gebotene nicht genügt, so soll man seine Hand dazu reichen, daß man Verbesserungen vornimmt. Man soll aber von vornherein nicht gleich das Ganze verwerfen. Wir haben schon mehrfach zu verstehen gegeben, daß auch wir mancherlei an der Vorlage auszufehen haben und gründliche Verbesserungen wünschen. Nun, Vorschläge sind in dieser Richtung wahrlich genug gemacht worden. Wenn nur alles das, was in der Debatte gewünscht wurde, noch berücksichtigt wird, dann kann wohl etwas Brauchbares, wenn auch nicht Vollkommenes aus dem Gesetz werden. Daran mögen alle diejenigen mitarbeiten, denen am Wohl der deutschen Arbeiterschaft etwas gelegen ist.

Modernen Cäsarenhochmut!

In Leipzig, der historischen Stätte des marxistischen Ueberradikalismus, fanden vorige Woche die Ortskrankenkassenwahlen statt. Die Vorgänge bei diesen Wahlen verdienen weiteren Kreisen bekannt zu werden. Vorausgeschickt sei, daß gegenwärtig sämtliche Arbeitnehmerräte in den Händen der sozialdemokratischen Gewerkschaften sind. Sozialdemokratisch muß extra unterfritten werden. Denn in Leipzig wird von der sattsam bekannten „Leipziger Volkszeitung“, im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Parteiorganen anderer Orte, stets mit herzerfrischender Offenheit nachdrücklich erklärt, daß die Gewerkschaften

